



BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Themenfeld

**„Stellenwert und Struktur
der Seniorenpolitik“**

Alle Fragen und die vollständigen Antworten der Parteien

Einleitung

Begleitet u.a. von den Altenberichten der Bundesregierung wird seit Langem darüber diskutiert, wie ein gesundes, aktives und engagiertes Älterwerden gefördert und eine selbstständige Lebensführung möglichst lange erhalten werden kann. Notwendig dafür sind eine verbindliche seniorenpolitische Strategie, die Bereitstellung ausreichender Mittel zu ihrer Umsetzung und die langfristige Sicherung wirksamer Strukturen.

Frage an die Parteien

- **Inwieweit wird sich Ihre Partei im Sinne der Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung für eine moderne, zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen und wie soll die Handlungsfähigkeit von Kommunen sichergestellt werden?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU wollen, dass ältere Menschen am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben und sich einbringen können. Wir wollen finanzielle Sicherheit im Alter erreichen. Deshalb haben wir mit der Grundrente dafür gesorgt, dass kleine Renten nach langer Erwerbstätigkeit bedarfsgerecht aufgestockt werden. Ebenso haben wir die Mütterrente eingeführt und über die Jahre unionsgeführter Bundesregierung ausgebaut. Wir stehen für eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Zudem werden wir die Steuererklärung vor allem für ältere Menschen vereinfachen, die Renten und Pensionen beziehen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch für ältere Menschen zu sichern, müssen die Akteure auf allen Ebenen ihre Verantwortung angesichts der neuen Herausforderungen besser wahrnehmen. Den Kommunen kommt hier eine tragende Rolle zu. Durch eine bessere Koordinierung, Kooperationen und Vernetzung können Sozialräume bedarfsgerecht gestaltet und stabile Sorgestrukturen geschaffen werden. Wir wollen eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit, insbesondere auch der älteren Menschen, entwickeln. Dazu werden wir die räumliche wie digitale Mobilität fördern. Wir werden ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke wie die

aufsuchende Nachbarschaftshilfe und Sozialarbeit leichter zugänglich machen und auch im Rahmen generationenübergreifender Wohnformen stärken.

SPD

Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen, auch wenn wir in vielerlei Hinsicht verschieden sind. Grundvoraussetzung dafür ist die Gewissheit, dass man dazugehört, unabhängig vom Alter. Dafür müssen gerade die Kommunen gestärkt werden, um in einer alternden Gesellschaft die Teilhabe vor Ort zu ermöglichen. Um ihren Sicherstellungsauftrag bspw. im Bereich der Pflege zu gewährleisten, müssen sie deutlich intensiver in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Für die SPD ist dabei v.a. die Barrierefreiheit unabdingbar. Wir werden vor allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Der große Mangel an barrierefreiem bzw. -armem Wohnraum und die vielen Barrieren in öffentlichen Einrichtungen müssen behoben werden. Dafür werden wir ein Bundesprogramm Barrierefreiheit initiieren, das über entsprechende Ressourcen verfügen muss.

FDP

Für uns Freie Demokraten ist die Teilhabe von älteren Menschen an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen ein wichtiges Ziel. Hierfür setzen wir uns in vielfältiger Weise ein, wobei Selbstbestimmung für uns die Leitlinie einer modernen Altenpolitik ist.

Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, Gesundheit und Pflege zusammen zu denken und eine wohnortnahe Versorgung sicherzustellen. Wir wollen daher die künstliche Sektorenbarriere zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln. Die Bedürfnisse des ländlichen Raums mit seiner besonderen Versorgungsstruktur sollen durch entsprechende Programme berücksichtigt werden. Wir lassen uns dabei weiterhin vom Grundsatz „ambulant vor stationär“ leiten.

Wir fordern die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, denn barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Darüber hinaus wollen wir mehr barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau. So wollen wir Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können. Ein breites Bündnis von Bund, Ländern, Kommunen, aus Wissenschaft und Praxis, Politik und Gesellschaft soll das Thema „Wohnen im Alter“ mehr in das Bewusstsein aller Akteure rücken und Lösungen

erarbeiten. Bestehende Förderungen sollen zusammengeführt werden. Wir unterstützen die Stärkung der Handlungsfähigkeit und der Selbstverwaltung der Kommunen. Wir wollen ein echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern. Wenn Bund und Länder neue Aufgaben schaffen, müssen sie diese auch bezahlen.

DIE LINKE

Die Linke spricht sich für ein selbstbestimmtes Altern in Würde aus, mit der Möglichkeit, dass Senior*innen selbst bestimmen, wie sie ihr Leben im Alter gestalten wollen. Die gesundheitliche und pflegerische Betreuung muss professionell, wohnort- und patientennah sein und zur kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden. Dementsprechend müssen die Kommunen gesetzlich und finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben auch erfüllen zu können. Die Kosten müssen vollständig durch die Pflegeversicherung abgedeckt werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE wollen Kommunen mehr Möglichkeiten geben, um Angebote für Prävention und Pflege vor Ort zu planen, zu steuern und zu gestalten. Für mehr Selbstbestimmtheit im Alter und möglichst eigenständige Bewegung wollen wir den Abbau von Barrieren in Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und setzen uns ein für eine Mobilitätsgarantie mit regelmäßigem und verlässlichem Nahverkehrsangebot. Digitalisierung kann dazu beitragen, bei möglichst guter Gesundheit, selbstbestimmt, mobil und sozial aktiv zu altern. Hierfür muss auch die Vermittlung von Medienkompetenz altersunabhängig gestärkt werden. Dabei sind kommunale Akteure enorm wichtig, um einen direkten Draht herzustellen und vor Ort Angebote aufzubauen. Mit unserem Vorschlag der doppelten Pflegegarantie sprechen wir an, dass die Bundespolitik gemeinsam mit Ländern und Kommunen einen Weg finden muss, damit das bei der „Hilfe zur Pflege“ eingesparte Geld von allen Gemeinden eingesetzt wird, um für ein vielfältiges soziales und pflegerisches Angebot vor Ort zu sorgen.

Frage an die Parteien

- **Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei geboten, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gerade mit Blick auf ältere Menschen sicherzustellen?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, ist eine zentrale Aufgabe für eine funktionierende Gesellschaft. Dazu sind viele Anstrengungen notwendig wie die Gleichbehandlung von Stadt und Land bei der digitalen Infrastruktur, die Stärkung unserer Dörfer und Städte in benachteiligten Regionen, neue Konzepte der Mobilität, Nahversorgung und Arbeit sowie die weitere Stärkung des Ehrenamts. Wir haben ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen geschaffen. Unser Anspruch ist: Alles muss vom Dorf aus erreichbar sein! Eine gute Versorgung mit allen Leistungen der Daseinsvorsorge, mit Gütern und Dienstleistungen ist möglich, wenn Vor-Ort-Angebote, digitale Möglichkeiten und eine gute Anbindung zusammengebracht werden. Wir arbeiten mit Hochdruck an einer flächendeckenden Mobilfunkanbindung. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung sichern – unabhängig von Alter, Wohnort und Geldbeutel. Wir werden die Landarztquote erhöhen. Damit chronisch Kranke und ältere Patienten gut und kontinuierlich versorgt sind, bringen wir die Telemedizin voran und setzen ergänzend zur klassischen Hausarztversorgung auf den Einsatz von Gemeindeschwestern. Darüber hinaus wollen wir auch im ländlichen Raum die Pflegekapazitäten ausbauen.

SPD

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen. Dazu gehört, die deutsche Einheit zu vollenden und das Ungleichgewicht zwischen Metropolen und Peripherie, zwischen traditionellen Industrieregionen und neuen Boom-Zonen, zwischen Stadt und Land zu reduzieren. Gerade mit Blick auf ältere Menschen bedeutet, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern, dass soziale Dienstleistungen nicht abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen sein dürfen. Dazu brauchen wir flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte unternommen, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein nötiger Schritt ist, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse ist zudem bei der Weiterentwicklung der Bund-Länder-Zusammenarbeit maßgebend. Die Mittel von Bund und Ländern müssen durch die zusätzliche Einführung von Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen mit vielfältigen Instrumenten und modernen Ansätzen die Lebensqualität der Menschen, insbesondere auch in den ländlichen Regionen, verbessern und Bleibe-, Rückkehr- und Zuzugsperspektiven schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und eine flexible und bedarfsgerechte Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ein starkes duales Bildungssystem. Innovationen wie das autonome Fahren, Drohnen oder Flugtaxis wollen wir gezielt fördern und den rechtlichen Rahmen dafür schaffen. Dies kann insbesondere für den ländlichen Raum eine schnellere und kostengünstigere Versorgung bedeuten. Mit Gigabit-Gutscheinen wollen wir den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen nachfrageorientiert und kosteneffizient beschleunigen. Die Kommunen in Deutschland brauchen zudem mehr Freiräume – für Zukunftschancen, Vielfalt und Zusammenhalt. Des Weiteren wollen wir Ehrenamt und Sport durch gute Rahmenbedingungen (z. B. Entlastung von Bürokratie und Haftungsrisiken) unterstützen, denn sie sind oftmals das starke Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens von jungen und älteren Menschen auf dem Land.

DIE LINKE

Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto einführen. Des Weiteren können gleichwertige Lebensverhältnisse auch über die Infrastruktur hergestellt werden, daher setzen wir uns dafür ein, dass in ländlichen Regionen und in Pflegeheimen Menschen Zugang zu öffentlichem Nahverkehr, Rufbussen und schnellem Internet haben. Digitale Teilhabe ist eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Darüber hinaus sollte der öffentliche Nahverkehr kostenlos zur Verfügung stehen.

Bündnis 90/Die Grünen

Für uns GRÜNE umfasst das vor allem die Möglichkeit selbstbestimmten Alterns, egal wo. Das wollen wir ermöglichen und dazu u.a. den Abbau von Barrieren in Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen ermöglichen, länger als bisher in ihrem vertrauten Quartier selbstbestimmt wohnen zu bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Das wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem

Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen Bedürfnissen entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das Nahverkehrsangebot in den Städten ausgebaut und auf dem Land erhalten bzw. intelligent vernetzt werden. Es braucht flächendeckend barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln, und die Wege zu ÖPNV und Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“ ausgestattet werden.

Frage an die Parteien

- **Wie werden Sie sicherstellen, dass die für die Seniorenpolitik zur Verfügung stehenden Mittel für die originären Ziele des Bundesaltensplans, insbesondere für die seniorenpolitische Verbands- und Organisationsförderung, verwendet werden?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, die demografischen Herausforderungen zu meistern, eine Teilhabe älterer Menschen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sichern. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt werden. Daher werden Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen unterstützt. Darüber hinaus wollen wir wirksame Impulse setzen für die Erforschung und Entwicklung von neuen Lösungen, Produkten und Dienstleistungen, die die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen stärken.

SPD

Die Richtlinie des BMFSFJ für den Bundesaltensplan regelt, welche Maßnahmen gefördert werden können. Die Überprüfung, ob die bewilligten Mittel korrekt verwendet wurden, erfolgt im Rahmen der Kontrollen der Verwendungsnachweise. Somit wird die korrekte Verwendung der Mittel bei der Bewilligung und nach dem Abschluss der Maßnahmen doppelt kontrolliert.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine verlässlich finanzierte Altenpolitik ein, die systematisch fortgeschrieben wird und sich an den sich stetig verändernden Altersbildern orientiert. Wir sehen eine nachhaltige Altenpolitik, die Selbstständigkeit und Gleichberechtigung auch älterer Mitmenschen zum Ziel hat, als Querschnittsaufgabe, die alle kommunalen Ressorts wie Stadt-, Verkehrs-, Bau-, Wirtschafts-, und Freiraumplanung einbezieht. Wir wollen neben spezifischen Angeboten für Seniorinnen und Senioren immer auch nach generationenübergreifenden Lösungen suchen und Seniorenpolitik als Teil einer Generationenpolitik verstehen.

DIE LINKE

Eine weitere Entwicklung des Bundesaltenplans ist notwendig. Besonders die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Maßnahmen entsprechend ihrer Zuständigkeiten umzusetzen. Durch genaue Prüfung der Mittelvergabe an den entsprechenden Stellen wie z.B. im Haushaltsausschuss wollen wir sicherstellen, dass die Mittel dort ankommen, wo sie benötigt werden. Kommunale aufsuchende Angebote für Senior*innen und gemeinschaftliche Begegnungsorte müssen öffentlich gefördert werden. Zudem wollen wir ein eigenständiges Bundesteilhabegesetz für Senior*innen, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe (z. B. den Anspruch auf barrierefreies Wohnen und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im Alter) festschreibt und die Kommunen dafür in die Pflicht nimmt.

Bündnis 90/Die Grünen

Der Bundesaltenplan muss weiterentwickelt werden. Neben der Frage nach der finanziellen Ausstattung gehören aus unserer Sicht auch die Ziele auf den Prüfstand. So muss etwa die Medien- und Internetkompetenz als Förderziel in die Richtlinien des Bundesaltenplans aufgenommen werden. Denn die Lebenswelt digitalisiert sich zunehmend. Ältere Menschen müssen niedrigschwellig dabei unterstützt werden, daran teilhaben zu können, um von den Vorteilen zu profitieren und keine Nachteile zu erleiden. Wir GRÜNE wollen Vertretungsstrukturen professionalisieren und Mitspracherechte in Gremien schaffen, wie ein Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss oder im Qualitätsausschuss Pflege für die Bundespflegekammer. Damit die Bundespflegekammer diese Aufgaben möglichst bald aufnehmen kann, möchten wir nicht nur die notwendigen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen, sondern auch beim Aufbau der hierfür notwendigen Strukturen unterstützen. Die

zahlenmäßig größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen muss an maßgeblichen Entscheidungen beteiligt werden.

Herausgeber

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49

53111 Bonn

Telefon 0228 / 24 99 93-0

kontakt@bagso.de

www.bagso.de

facebook.com/bagso.de

twitter.com/bagso_de